

ROBERT GEIPEL

Überlegungen zur Standortwahl für neue Hochschulen in Süddeutschland

Mit 1 Karte

Das Problem

Nach einer Phase der Bildungswerbung und der Vermehrung der Abiturientenzahlen aus Einsicht in die Notwendigkeiten weiterer Verbreitung und sozial gerechterer Verteilung der Bildungschancen sieht sich die Gesellschaft der BRD einer „explosion scolaire“ gegenüber. Der Numerus clausus bedroht die meisten Studienfächer, für das Jahr 1975 werden 680 000 Studienplätze vom Wissenschaftsrat für nötig gehalten, und für das Jahr 1980 wird die Zahl von mindestens einer Million Studenten vorausgesetzt¹. Angesichts dieser Bedrängnis reagieren die meisten Bundesländer mit einer Welle von Vorschlägen für Universitätsneugründungen, bei der gelegentlich die Gefahr besteht, daß wesentliche Einsichten einer modernen Raumordnungspolitik hintangestellt werden könnten. Wohl ist die Gründung neuer Universitäten unerlässlich und längst überfällig, doch sind an die Standortwahl kritischere Maßstäbe zu legen, als sie gelegentlich in Diskussionen zutage treten. In den Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich

nach 1970² spricht der Wissenschaftsrat davon, daß für die Lokalisierung neuer Gesamthochschulen

„alle Kriterien heranzuziehen sind, die auch die Ausbaumöglichkeiten bestimmen, so vor allem die Größe der Stadtregion, die jetzige und absehbare künftige Einwohnerzahl, die in vorhandenen Bildungseinrichtungen gegebenen Ansatzpunkte für die Bildung von Gesamthochschulen, die Wohnverhältnisse und Verkehrsverbindungen.“

Die Festlegung neuer Hochschulstandorte muß in Abstimmung mit der allgemeinen Landes- und Regionalplanung geschehen, wobei die voraussichtlichen Auswirkungen der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung in ihrer Wechselwirkung in die Planung einzubeziehen sind. So kann es notwendig sein, in Ballungsgebieten Zweithochschulen zu errichten, um den Andrang der Studenten aufzufangen und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, eine Hochschule von ihrem Elternhaus aus zu besuchen. Andererseits wird die Entwicklung bisher hochschulferner Regionen durch die Gründung von Hochschulen gefördert. Zur Ermittlung von Gebieten, die nicht ausreichend mit Hochschulen versorgt sind, müssen Untersuchungen über die Bevölkerungsdichte, die zu erwartenden Absolventen der Sekundarstufe II, den relativen Hochschulbesuch und das jetzige Wanderungsverhalten zu entfernten Hochschulen angestellt werden. Hierbei ist auch zu beachten, daß Hochschulen in bisher wenig entwickelten Regionen, die nach den landes- und regionalplanerischen Zielen ausgebaut werden sollen, zu deren Entwicklung beitragen, z. B. indem sie qualifizierte Arbeitskräfte anziehen. Um ein regional

¹ Die BAK spricht in ihrer Veröffentlichung „Bergneustädter Gesamthochschulplan“, Bochum 1970, sogar von 63 Gesamthochschulen für 1980 mit 1,2 Mill. Studienplätzen, für 1990 erwartet sie 1,4 Mill. Studenten.

² Bd. 1: Empfehlungen. – (Bonn) 1970. S. 185 f.

gut gegliedertes Gesamtsystem der Hochschulen in der Bundesrepublik zu erreichen, wird es notwendig sein, Neugründungen in einem bisher ungewohnten Umfang auch in Städten mittlerer Größe vorzunehmen.“

Der Wissenschaftsrat weist also als gleich gewichtig auf beide Möglichkeiten hin. Aber die Zweit- oder Dritturniversität in einem ausgewiesenen Oberzentrum wird noch zu wenig diskutiert. Dabei wird aber gerade diese von den Studenten in besonders starkem Maße angenommen³.

Der Vorschlag auf der 10. Vollversammlung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hamburg, die mindestens 30 neuen Universitäten möglichst auch verteilt auf 30 Städte der Bundesrepublik zu errichten, ja, eine solche Einrichtung – wenn auch unterschiedlicher Ausprägung und Kapazität – für ungefähr jede Stadt mit mehr als 100 000 Einwohner vorzusehen, sollte deshalb nicht unwidersprochen bleiben. Denn inzwischen bewerben sich bereits Städte mit wenig mehr als 30 000 Einwohner darum, Standorte von Universitäten zu werden. Sie berücksichtigen dabei den Umstand kaum, daß eine selbst innerhalb sehr weit gezogener Grenzen seßhafte Bereichsbevölkerung nicht immer ausreichen dürfte, die Kapazität einer solchen Universität auszulasten, so daß die zu erwartende Studentenschaft durch Bildungswanderung von weither veranlaßt werden müßte, vor dem Numerus clausus ihrer nächstgelegenen Hochschule an die periphere Neugründung auszuweichen.

Getragen wird diese zweite „Student-aufs-Land-Bewegung“ in ihrer Argumentation für Standorte an der Peripherie von der selbstverständlich auch vom Verfasser dieses Beitrags geteilten grundsätzlichen Auffassung, daß es zu den Forderungen des Grundgesetzes gehört, die Gleichheit der Bildungschancen in allen Regionen der Bundesrepublik herzustellen, und daß dazu Neugründungen in bisher hochschulfernen Regionen nötig sind. Der Verfasser hat dies durch eigene Vorschläge für die Neugründungen in Trier und Kassel selbst unterstrichen und ist durch seine Arbeiten in Hessen und Rheinland-Pfalz⁴ hoffentlich der Nachweispflicht darüber entbunden, daß er die Überwin-

dung von Vorurteilsbarrieren im Bildungswesen und die Angleichung der Lebensbedingungen zwischen „Stadt“ und „Land“ für unerläßlich ansieht.

Dennoch fordert gerade die Formel von den gleichen Bildungschancen, daß in der Planungspolitik für neue Hochschulen nicht fundamentale Ansprüche der nachwachsenden Generation mißachtet werden. Auch der „social demand“ nach einer urbanen Lebensweise inmitten der großstädtischen Regsamkeit, nach Teilnahme an den politischen und sozialen Auseinandersetzungen der Zeit, nach einem umfassenden kulturellen Angebot und vielseitigen Freizeitmöglichkeiten, schließlich an Unabhängigkeitschancen, gesellschaftlicher Integration und emanzipatorischen Effekten muß beachtet werden. Sie treten als komplementäres Umweltangebot zum studienentscheidenden Rang der Wissenschaftler einer Universität und ihrem fachlichen Angebot hinzu. Viele dieser Ansprüche auf urbane Lebensformen aber kann die Kleinstadt in rustikaler Idylle nicht erfüllen, und auch die Mittelstädte bieten das nur selten⁵. Die Inhaltsanalyse einiger von den Standortbewerbern vorgelegten Denkschriften würde ein eigenartiges Bild von dem Studenten, den man erwartet, und vom Selbstimage der „aufnahmebereiten“ Gemeinde entwerfen. So wird der Student gelegentlich wegen seiner erhofften Funktion bei der Erhaltung schützenswerter historischer Bausubstanz in mittelalterlichen Ortskernen von den Denkschriften verfälschenden Stadtvätern begrüßt.

Einige Beispiele für Neugründungen

Das Beispiel von Bochum (WS 69/70: 10 004 Studenten) ist im Vergleich zum Beispiel Konstanz (WS 69/70: 669 Studenten) besonders lehrreich. Die etwa zum gleichen Zeitpunkt wie Konstanz konzipierte Ruhruniversität im Ballungsraum⁶ hat einer Vielzahl von Begabungen zum erstmaligen Durchbruch zur Hochschulausbildung verholfen. Die Studentenquoten aus einkommensschwachen Schichten und Arbeiterkreisen haben sich merklich erhöht. Ohne das bisherige Milieu, die Familie und Zuverdienstmöglichkeiten aufgeben zu müssen, fand der Abiturient aus den Städten des Ruhrgebiets eine Hochschule „vor Ort“. *Geißler* ist der hilfreiche Begriff der „Regionalität“ von Hochschulen⁷ zu danken. Dort, wo Ansätze zu einer „Region“

³ Vgl. dazu die Diskussionsbemerkungen von *Alois Mayr* auf S. 93 f. in: *Bildungsplanung und Raumordnung. Referate und Diskussionsbemerkungen anlässlich der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 1970 in Hamburg.* – Hannover 1970. = Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 61. 10. Wissenschaftliche Plenarsitzung.

⁴ *Geipel, Robert:* Sozialräumliche Strukturen des Bildungswesens. Studien zur Bildungsökonomie und zur Frage der gymnasialen Standorte in Hessen. – Frankfurt a. M. 1965.

Ders.: Bildungsplanung und Raumordnung. Studien zur Standortplanung von Bildungseinrichtungen und zu räumlichen Aspekten des Bildungsverhaltens in Hessen. – Frankfurt a. M. 1968.

Ders.: Regionale Verbreitung, relative Dichte und soziale Herkunft der Abiturienten in Rheinland-Pfalz. Untersuchungen über die Jahrgänge 1957–1966. (Hrsg.: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz – Oberste Landesplanungsbehörde. – Mainz 1968.

Ders.: Der Beitrag der Sozialgeographie zur Regionalen Bildungsplanung. In: Beiträge zur regionalen Bildungsplanung. Forschungsberichte des Ausschusses „Regionale Bildungsplanung“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. – Hannover 1970. = Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 60, Regionale Bildungsplanung 1.

⁵ So ergab eine Befragung von 6057 Oberstufenschülern in einem bundesweit angelegten sample, daß 70–80% von ihnen beabsichtigen, die derzeitige Wohngemeinde später mit einer Großstadt zu vertauschen. (*Heller, H.:* Das Image als Faktor für den Zuzug nach München. Ungedruckte Diplomarbeit. Technische Universität München 1970. S. 41.

⁶ *Mayr, Alois:* Standort und Einzugsbereich von Hochschulen. In: Berichte zur deutschen Landeskunde. Bd. 44 (1971) H. 2.

Ders.: Die Ruhr-Universität Bochum in geographischer Sicht. In: Berichte zur deutschen Landeskunde. Bd. 44 (1971) H. 2.

Die geringe Studentenzahl in Konstanz geht im wesentlichen auf die im Zeichen der Studienplatzknappheit kritisch zu bewertende Absicht zurück, hier eine reine Graduiertenuniversität zu schaffen.

⁷ *Geißler, Clemens:* Hochschulstandorte – Hochschulbesuch. – Hannover 1965. = Institut für Städtebau, Wohnungswesen und

im Sinne einer hierarchisch zentrierten, mit einer zureichenden Mantelbevölkerung ausgestatteten Raumeinheit bestehen, ist eine Universitätsneugründung zweifellos am Platz. Auch Regensburg hat das bewiesen. Ist diese Mantelbevölkerung aber zu gering und muß das notwendige Studentenaufkommen aus den Verdichtungsgebieten „eingeworben“ werden, so gleicht dieser Wettbewerb um den akademischen Jungbürger einer „Zwangsverpflichtung ins Idyll“. Es gehört ein besonderer Menschentyp dazu, in einer Stadt sein ganzes Studium zu absolvieren, an der die Industrialisierung bisher vorbeigegangen ist und in der sich noch agrargesellschaftliche Verhaltensweisen reproduzieren. Diese Ausführungen stellen sich also im Gegensatz zu Widmaier⁸ in „Analysen zum Hochschulgesamtbereich“ auf die Seite der Argumente des Robbins-Reports und gegen den Vorschlag von *Stretch* von der Campus-Universität im dünnbesiedelten Gebiet, weil sie dessen Bild von der Studentenschaft für unrealistisch und illusionär hält. Der einschränkende Hinweis auf traditionsreiche Universitäts-„Kleinstädte“ wie Tübingen oder Marburg trifft hier insofern nicht zu, als diese seit Generationen Zeit hatten, sich auf die Studentenschaft einzustellen und sowohl Infrastruktur wie Anregungsklima bereitzuhalten. In Konstanz, der intendierten „zirkumbodenseischen geistigen Mitte des Alemannentums aus drei Ländern“, liegt der Student mit dem Bodensee-Ferienreisenden im Wettbewerb um Zimmer und Gasthausplätze, der erwartete Zustrom aus der Schweiz und Vorarlberg ist ausgeblieben, und wer unter den Dozenten ein anderes Mobilitätsverhalten als zur Postkutschenzeit an den Tag legt, muß zum Flugplatz nach Zürich fahren. Er kann in weitem Umkreis nur in dieser Stadt erfahren, was großstädtische Lebensformen auch für die geistige Entwicklung eines Menschen bedeuten können und daß die Nervenknotten eines Systems höher sensibilisiert sind als die Enden. Trotz dieser Erfahrung werden seit einiger Zeit Kleinstädte in noch weit ungünstigerer Lage als Konstanz ernsthaft als Standorte diskutiert.

Konzentration oder Dispersion

War der Bedienung der Fläche in der Agrargesellschaft ein disperses gleichmäßiges Netzwerk von zentralen Orten angemessen, so setzt sich in der Dienstleistungsgesellschaft immer stärker ein hierarchisches System von „Sternen unterschiedlicher Leuchtkraft“ durch, die durch Wachstumsachsen mit „Bandinfrastruktur“ miteinander verbunden sind. Technisch-ökonomische Zwangsläufigkeiten unterstützen diese Selektion⁹.

Landesplanung, Technische Hochschule Hannover. Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Bd. 1, T. 1 u. 2.

⁸ Widmaier (u. Mitarb.): Analysen zum Hochschulgesamtbereich. – Villingen 1969.

⁹ Der Jumbo-Jet selektiert unter den Flughäfen der Welt, der 500 000-t-Tanker oder das Containerschiff unter den Hafenstädten, der Forschungsreaktor unter den Naturwissenschaftlichen Fakultäten, solange Lehre und Forschung verbunden bleiben wollen. Das um einen Kern von Max-Planck-Instituten gelagerte

In der Sekundarstufe des Bildungswesens muß um der Chancengleichheit der Bevölkerung willen unbedingt für ein gleichmäßiges Netzwerk der Einrichtungen in der Fläche gesorgt werden. In der tertiären Stufe haben wir es aber bereits mit Erwachsenen zu tun, die beweglicher sind (und meist auch sein wollen). Ihnen kann das Aufsuchen einer Universität im jeweiligen Regionalzentrum, also in ca. 50 km Entfernung, zugemutet werden. Und es wird wahrscheinlich darüber eine quartäre Stufe von Forschungseinrichtungen höchster Spezialisierung ohne regionalen Verortungszwang geben (z. B. Oak Ridge, Los Alamos, Akademgorodok, CERN/Genf, Garding?), für die lediglich die Zugänglichkeit (Flugplatznähe) optimal sein muß. Solche unterschiedlichen Organisationsprinzipien gilt es in der Diskussion nicht zu verwischen.

Nun kann man diesen Hinweis auf allgemeine Konzentrationsgesetze als „technokratisch“ hinstellen und damit abwehren, daß ja nicht immer eine ganze Universität an einen bestimmten mittelzentralen Ort müsse, daß man sich mit Teilfakultäten und Einzelhochschulen begnügen könne. Sicher trifft dies in vielen Fällen zu. Doch erfolgt seit langem der Hauptzuwachs wissenschaftlichen Fortschritts nicht aus dem Zentrum eines Faches, sondern an der Berührungsfläche zum Nachbarfach. So entstehen Disziplinen wie „Raumfahrtmedizin“, „Medikotechnik“, „Räumliche Sozialplanung“ usw. Wie soll dieses fächerübergreifende Gespräch aber stattfinden, wenn die medizinische Akademie hier, die Hochschule für Apparatechnik dort lokalisiert ist und etwa für die Räumliche Sozialplanung ein Städtebaulehrstuhl in einer TU-Architekturfakultät, ein verkehrswissenschaftlicher in einer Maschinenbaufakultät, ein geographischer in einer naturwissenschaftlichen Fakultät, ein soziologischer in einer volkswirtschaftlichen Fakultät inkorporiert ist und solche Teilfakultäten oder Fachbereiche über eine Reihe von Städten verstreut sind? Auch die Pädagogische Fakultät benötigt eine genügend große Mantelbevölkerung, um Hospitationsplätze an Schulen anzubieten, die Medizinische Akademie braucht Krankenhausbetten, um für ihre Studenten Beobachtungsfälle in ausreichender Zahl zur Verfügung zu haben. Liegt nicht die Verlockung nahe, daß die ihre Wahltermine anvisierenden Parlamentarier bei der Zuteilung von „Beschwichtigungsfakultäten“ an die aufwertungsbedürftigen Städte der Peripherie erst einmal an die billigen „Buchfächer“ statt an die teuren „Laborfächer“ denken werden? Es ist die Frage, ob sich die Gesellschaft eine weitere Inflation von Geisteswissenschaftlern und eine Auszehrung an technischen oder sozialfürsorgereichen Berufen leisten kann. Wenn man einer Bischofsstadt mit ruhmreicher Theologischer Fakultät noch ein paar Philologien und eine aufgewertete Pädagogische Hochschule zurechnet, könnte sich die beschwichtigende Vorstellung ein-

atomphysikalische Zentrum in Garding, von dem allein das Institut für Plasmaphysik 1970 einen laufenden Etat von 50 Mill. DM aufwies, wird jedenfalls von der TU München und der Universität München gemeinsam benutzt und erst dadurch voll ausgelastet.

nisten, damit habe man wieder eine Provinz nach rein quantitativen statt qualitativen Gesichtspunkten mit numerischen Studienplatzzahlen befriedet. In Wahrheit hat man nur Etiketten geändert.

Verstärkung oder Ergänzung raumimmanenter Strukturen?

Die Gesamthochschulpläne mit dispersen Teilhochschulen benutzen oft den Hinweis, daß eine bestimmte Region vom sozialwirtschaftlichen Zuschnitt her bereits raumtypische Bildungseinrichtungen als Kondensationskerne enthalte: etwa eine Seefahrtsschule, holzwirtschaftliche Ingenieur-Akademie, Akademie für das Hüttenwesen usw. Auch die Theologische Fakultät oder Pädagogische Hochschule hat ein solches „nährendes Umfeld“ und kann sich auf die Zubringerdienste einer bestimmten Bildungs- und Wirtschaftsmentalität verlassen. „Erweckte Provinzen“ haben über lange Zeiten hinweg einen überproportionalen Anteil evangelischer Theologen hervorgebracht. Hier stellt sich die Frage, ob Bildungseinrichtungen, sollen sie die erhofften innovierenden Einflüsse ausüben, nach dem Prinzip der Verstärkung raumimmanenter Kräfte ausgewählt werden oder nicht vielmehr nach dem „Gegentaktverfahren“ gerade jene Impulse austeilen sollten, die der Bevölkerung eines Gebietes noch ermangeln. Das würde im Falle der Universität Trier-Kaiserslautern bedeuten, daß gerade die technischen Fächer nach Trier, die geisteswissenschaftlichen nach Kaiserslautern hätten gelegt werden müssen. Denn Geißler hat bewiesen, daß man nicht nur studiert, was „einem liegt“, sondern auch, was „einem naheliegt“ (im Sinne der räumlichen Erreichbarkeit gemeint). Den Abiturienten rings um Trier lagen nur zu 6,8% mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasialabschlüsse „nahe“, jenen rings um Mainz aber 36%¹⁰!

Welche Räume bieten die besten Aufstiegschancen?

Die Standortgründungspolitik von Hochschulen sollte auf die zentralörtlichen Prinzipien stärker Rücksicht nehmen.

Seit langem hat sich bei der Berufs- und Ausbildungspendelwanderung in hierarchisch zentrierten Räumen¹¹ ein Muster herausgestellt, das im Beispiel des Rhein-Main-Gebietes besonders gut verwirklicht ist. Wie sieht ein solcher hierarchisch zentrierter Pendleraum aus?

Klingbeil verwendet diesen Begriff zwar nur als beschreibende Kategorie einer beobachteten Situation, nicht als politische Kate-

gorie, d. h. als Planungskonzeption. Sind doch die Ränder eines solchen hierarchisch zentrierten Pendlergebietes in ihrer Ausstattung unterprivilegiert, was sich an ihrer Sozialstruktur, Bildungsbeteiligung usw. ablesen läßt. Aber die Versuche vieler Zentren, schnelle Verkehrssysteme im Tarifverbund zu errichten, und der zunehmende Freizeitwert der Peripherie, der sich in der Entwicklung von Zweitwohnsitzen, Alterswohnsitzen, Naturparks mit Fremdenverkehrseinrichtungen usw. abzeichnet, läßt darauf schließen, daß sich in vielen Gebieten solche Räume als gewisse Endphase von Entwicklungsprozessen einspielen werden.

Ein Beispiel:

Der zentrale Einpendlerort höchster Stufe (Frankfurt-Offenbach) ist von Orten geringerer Stufe (Wiesbaden, Mainz, Darmstadt, Hanau) umgeben, welche exzentrisch zu diesen ausgebildete Einzugsbereiche besitzen, in die niedrigere Standorte unterer Zentralität eingelagert sind. Stellt man die Qualifikation der Pendler fest, so zeigt sich, daß etwa im Umland von Schlüchtern geringer qualifizierte Arbeitskräfte diesen Standort aufsuchen, obwohl wiederum höher qualifizierte Arbeitskräfte Schlüchtern nach Hanau pendeln. Bietet der dortige Arbeitsmarkt aber einem Hanauer ungenügende Aufstiegsmöglichkeiten, gibt ihm der breit gefächerte Arbeitsmarkt Frankfurts die gewünschte Chance.

So beschaffene Räume sind in sich stabiler und zukunfts-sicherer als andere. Das beschriebene Zirkulationssystem hält den Stoffwechsel zwischen Qualifikationen und Berufschancen in Bewegung, wobei höhere Qualifikationen mit höherer Mobilität korrelieren¹². Solche Zirkulationssysteme zeigen Wachstumstendenzen entlang den Verkehrsachsen und senden ihre Tentakel so weit, bis sie die Wachstumsspitzen des nächsten Systems erreichen. In allen Räumen, in denen solche Systeme bereits ausgebildet sind oder in Ansätzen erkennbar werden, sollte sich die Investitionskraft der Gesellschaft auf die Zugänglichmachung und Verstärkung des Zentrums konzentrieren und periphere Regionen durch Verbesserung der Verkehrsanbindung in die zentrierte Region einschmelzen, nicht ohne sie ihrerseits durch funktionsfähige Kleinzentren aufzuwerten.

Hochschulen als Mittelpunkte funktionsfähiger Regionen

Sollen die Universitätsneugründungen als höchste zentralörtliche Funktion im Bildungswesen eine vernünftige Rolle im Rahmen der Raumordnungspolitik spielen, so müssen sie in die Mittelpunkte funktionsfähiger Großregionen gesetzt werden. Sind solche Regionen im eben dargestellten Sinn bereits entwickelt und ihre Mittelpunkte von der Regionsbevölkerung „angenommen“, reichen aber zu deren Versorgung nicht mehr aus, so müssen Zweit- oder Drittuniversitäten gegründet werden. In jenen Regionen aber, in denen sich ein zentraler Ort gerade anschickt, diese Funktionsfähigkeit herzustellen, darf diese innovative Ordnungsanstrengung nicht gleich wieder durch Zersplitterung der zentrierenden Institutionen gelähmt werden. Deshalb fällt es relativ leicht, einen Standort wie Trier oder Kassel raumordnungspolitisch zu rechtfertigen.

¹⁰ Geipel, Robert in: Regionale Hochschulplanung im Land Rheinland-Pfalz. Trier als Standort einer Universität. (Im Auftrag der Stadt Trier) bearb. von Karl-Heinz Cox; Clemens Geißler; Eberhard Bergjohann (u. a.). – Hannover 1969. S. 30 f. = Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Technische Universität Hannover, Bd. 7.

¹¹ Klingbeil, Detlev: Zur sozialgeographischen Theorie und Erfassung des täglichen Berufspendelns. In: Geographische Zeitschrift. 57. Jg. (1969) H. 2, S. 108–131.

¹² Lee, Everett S.: Education and migration in the United States. In: Bildungsökonomie. Eine Zwischenbilanz. (Edding-Festschrift.) (Hrsg.: K. Hüfner, J. Naumann. – Stuttgart 1969.

Das besonders verkehrerschlossene Land Hessen wird z. B. nach der Errichtung der Universität Kassel und einer Zweitgründung im Raume von Frankfurt ein optimales, auf funktionsfähige Zentren ausgerichtetes Standortgefüge in Form einer das Land durchlaufenden Kette von Einzugsbereichen aufweisen. Vergleichen wir damit die Standortüberlegungen für Flächenstaaten mit schwierigeren Bedingungen wie Bayern und Baden-Württemberg.

a) Bayern

Im flächengrößten Land der Bundesrepublik (28,5% ihres Territoriums) mit 10,6 Mill. Einwohnern (1970) bestanden nach dem Zweiten Weltkrieg nur die drei traditionellen Landesuniversitäten Erlangen/Nürnberg, München und Würzburg sowie die Technische Hochschule München. Neugründungspläne ab 1964 in Regensburg (eröffnet 1967) und ab 1966 in Augsburg (Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) erweiterten dieses Netz, das auch intern durch eine Technische Fakultät (1966) in Erlangen und eine medizinische (1966) an der TU München verdichtet wurde. 1970 beschloß die Bayerische Staatsregierung ein Programm mit folgender Zielsetzung:

„Auch in Zukunft wird bei der Gründung neuer Hochschulen darauf zu achten sein, daß Standorte gewählt werden, die in größtmöglichem Umfang noch vorhandene Begabungsreserven erschließen helfen und gleichzeitig einer weiteren Ballung in den städtischen Verdichtungsräumen entgegenwirken. Es ist beabsichtigt, neue Universitäten in Oberfranken (Bayreuth) und Südostbayern (Passau) zu schaffen und im Großraum Nürnberg hochschulmäßige Ausbildungsmöglichkeiten für sämtliche technische Disziplinen einzurichten. Darüber hinaus wird geprüft, ob die in Bamberg bestehenden Hochschuleinrichtungen auszubauen sind und ob im südlichen Bayern die einseitige Ausrichtung des Studienangebots auf München nicht auf längere Sicht die Schaffung neuer Hochschulen in anderen Städten erfordert¹³.“

Als solche Städte meldeten Ingolstadt, Kempten, Traunstein und Rosenheim ihr Interesse an. Bamberg, Bayreuth, Nürnberg und Passau legten inzwischen Denkschriften zur Standortfrage vor, für andere sind solche in Auftrag gegeben.

In der Passauer Denkschrift, die als ein Beispiel herausgegriffen sei, spielt der Begriff „Hochschulregion“ als Argument eine Rolle. Hier zeichnet sich eine gewisse Gefahr ab, daß der Begriff „Hochschulregion“ ein Eigenleben neben dem raumordnungspolitischen Begriff „Region“ zu entfalten beginnt. In Bayern wird es ca. 17–20 „Regionen“ geben. Muß jede davon eine „Hochschulregion“ mit einem universitären Kern werden? Lassen sich eigenständige „Hochschulregionen“ gegen die allgemeine Regionalisierung durchsetzen? Sollte man nicht deren Effektivität und die Versorgung des Raumes gerade dadurch steigern, daß man die beiden Regionsbegriffe tunlichst zur Deckung bringt und nur gut erreichbare regionale Mittelpunkte zu Hochschulstandorten wählt, selbst wenn dabei Städte von

höherem geschichtlichem Rang zugunsten besser innerhalb der Region gelegener zurücktreten müßten (Passau hinter Deggendorf, Konstanz hinter Villingen, Ravensburg oder Kempten)?

Über die zu erwartende Studentenzahl im Jahre 1980 bestehen – wie eingangs gezeigt – unterschiedliche Vorausschätzungen. Die Zahl von 1 Mill. dürfte die größte Wahrscheinlichkeit beanspruchen können, so daß bei (1980) rund 65 Mill. Bundesbürgern und der geforderten Zahl von ca. 60 Universitäten jeweils eine hypothetische „Mantelbevölkerung“ von etwas mehr als 1 Mill. Einwohner entstünde. Das Argument von der zunehmenden Bildungseßhaftigkeit der Studenten in ihren heimatlichen Hochschulregionen verstärkt diese Auffassung; es wird allerdings von Otremba¹⁴ als „Provinzialismus“ verurteilt. Maßnahmen von Landesregierungen wie Studiengeldfreiheit für Landeskinder oder ein „Begünstigtenbonus“ bei der Immatrikulation in Numerus-clausus-Fächern zementieren die Tendenz zur Bildungseßhaftigkeit aber immer noch weiter. So erscheint es sicher nicht als völlig abwegig, unbeschadet der überregionalen Studentenwanderung, unterschiedlichen Altersaufbaus, unterschiedlicher Übergangsquoten und unterschiedlichen sozialökonomischen Zuschnitts von Gebieten (der ja gerade ausgeglichen werden soll!) für Einwohnerzahlen von rund je 1 Mill. jeweils ein Gesamthochschulsystem mit dem Hauptsitz im regionalen Schwerpunkt vorzusehen. Daß es sich bei diesem Hilfsbegriff einer hypothetischen „Eine-Million-Mantelbevölkerung“ nur um eine Grobziffer handeln kann, liegt auf der Hand. Namentlich die Arbeitsgruppe Standortforschung in Hannover hat längst feinere Meßmethoden entwickelt. Dennoch vermag eine solche pauschale Grobziffer bereits auf die deutlichsten Lücken im Standortgefüge hinzuweisen. Nur führt die unterschiedliche Bevölkerungsdichte in den einzelnen Gebieten und die Lage bereits funktionierender oder auszubauender Zentren in diesen zu beträchtlichen Verzerrungen.

Vom peripher gelegenen Passau aus gerechnet, wohnt erst in einem hypothetischen Einzugsbereich von 10 690 km² 1 Mill. Menschen, in einem fast gleichgroßen Raum von 10 611 km² um München aber bereits 2¾ Mill., auf 10 493 km² Fläche rings um Nürnberg 2 Mill. Außerdem ist die gesamte Verkehrsinfrastruktur eines weiten Umlandes völlig auf diese beiden Städte zugeschnitten.

Zwei Universitäten im Raum von Nürnberg und drei in der Region München entsprächen deren Bedarf also bereits, wenn man nur jene Maßstäbe anwenden wollte, die sich bereits für peripher gelegene Entwicklungsregionen als notwendig erwiesen haben. Faktisch sind sie bereits vorhanden, wenn man die Zahl von ca. 24 000 Studenten der Universität und ca. 10 000 der TU München im WS 70 betrachtet. Hinzu kommt aber gerade in diesem Fall noch die überregionale Attraktivität dieser Stadt.

Jede Regionalplanung im Hochschulbereich sollte gewährleisten, daß sich die verschiedenen vorgesehenen Neu-

¹³ Ein Programm für Bayern II. Hrsg.: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr. – München 1970. S. 37.

¹⁴ Otremba, Erich: Empfehlungen zur Gründung einer Technischen Universität in Nürnberg. – Nürnberg 1970.

gründungen nicht gegenseitig in ihren Entfaltungsmöglichkeiten behindern. Zwar muß sich die Gesellschaft vor der Festschreibung des gegenwärtigen Zustandes hüten und darf nicht darauf verzichten, neue Metropolen zu stiften. Aber ein solcher Stiftungsakt ist heute schwieriger geworden als in der Zeit produktiver Fürstenwillkür. Hat sich z. B. ein Kabinett nach sicher schwierigen Überlegungen für Bayreuth als optimalen Universitätsstandort entschlossen, so darf nicht zur Beschwichtigung lokalpatriotischer Interessen im gleichen Atemzug Bamberg genannt und damit der raumordnungspolitische Entscheidungsakt – so schwer jede Entscheidung bei Städten solchen historischen Ranges auch fällt – gleich wieder entwertet werden.

Mit Würzburg, einer Neugründung in Bayreuth und einer Doppeluniversität in Erlangen/Nürnberg erscheint der nordbayerische Raum insofern zureichend hochschulversorgt, als nur noch ein schmaler Grenzstreifen außerhalb der wohl zumutbaren Distanz von 50 km zum nächsten Hochschulort liegt, in dem am 31. 12. 69 rund 270 000 Personen wohnten (die Kreise Brückenau, Mellrichstadt, Bad Neustadt/Saale, Königshofen, Hofheim/Ufr., Ebern, Coburg Stadt und Land, Bad Neustadt b. Coburg). Diese drei „Hochschulregionen“ wären gleichzeitig weitgehend identisch mit den Regionen 14, 15 und 19 der Alternative 2 des „Entwurfs zur Abgrenzung von Raumeinheiten für ein Bundesraumordnungsprogramm“¹⁵. Schwieriger wird die Standortdiskussion in der südlichen Hälfte Bayerns, die noch zu Anfang der 60er Jahre fast ausschließlich von München aus versorgt werden mußte¹⁶. Regensburg und – wenn auch in zögerndem Fortschreiten – Augsburg werden sich zweifellos zu voll funktionsfähigen Hochschulstädten entwickeln. Fast alle anderen vorgeschlagenen Städte sind aber mit der einen oder anderen raumordnungspolitischen Hypothek belastet. Das gilt für die absolute Grenzlage Passaus. Das gilt für Rosenheim und Traunstein, bei denen immerhin die Nachbarschaft von Salzburg zu erwägen wäre. Ingolstadt liegt zu weit östlich, um jenem weiten, hochschulfernen Raum zwischen Würzburg, Nürnberg, Augsburg und Stuttgart als regionales Zentrum zu dienen, in dessen äußerstem Westen sich eben Heilbronn in ebenso exzentrischer Lage anschiebt, Hochschulstandortfunktionen zu übernehmen. Es käme lediglich als weitere Entlastungsuniversität für München in Frage, würde aber Regensburg noch weit entschiedener auf jenen niederbayerischen Raum verweisen, der für Passau als Ergänzungsgebiet beansprucht wird. Lediglich der Vorschlag Kempten trifft in das Zentrum eines hochschulfernen Raumes, wie er aus der Abbildung hervorgeht. Hier liegen außerdem Problemgebiete des Landes Baden-Württemberg, das mit der extrem peripheren Gründung

in Konstanz das Allgäu nicht mehr in zumutbarer Entfernung bedienen kann.

b) Baden-Württemberg

Dieses Bundesland steht hinsichtlich der Primärverteilung von Universitätsstandorten unter einem historischen Handicap. Einige der Standorte, deren Gründungsmotive seinerzeit auf die Identität von Residenz und Hochschule zielten (Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Tübingen; in der Neuzeit Stuttgart), erweisen sich heute in zu großer Nachbarschaftslage zueinander befindlich (Heidelberg-Mannheim, Stuttgart-Tübingen), als daß ihr Standortmuster den Raum voll abdecken könnte. Die nachträglichen Korrekturen (Konstanz, Ulm) erfolgten aber in derart peripherer Lage zum baden-württembergischen Staatsgebiet, daß sie das Problem einiger anderer Hochschulen (Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim) neu wiederaufgriffen, nämlich ebenfalls durch Grenzlage die Fläche nur von der Peripherie her bedienen zu können. Waren diese historischen Standorte zu ihrem Gründungszeitpunkt durch den anderen Zuschnitt von Territorien und ein völlig anderes Rekrutierungsmilieu der Studentenschaft gerechtfertigt, so mußte ihre Lage bei dem gewandelten Sozial- und Wirtschaftsverhalten der Bevölkerung zu einem Problem werden. Für die studierenden Söhne der traditionellen „Gebildeten Schichten“ waren die Universitäten Baden-Württembergs seit jeher Anlaß weit ausgreifender Bildungswanderung. Ihre überregionale Dienstleistung für hochschularme Bundesländer betrug 1966/67 nicht weniger als 8000 Studienplätze, also eine ganze Universität.

Diese große Attraktivität einiger traditionsreicher Universitäten wie Heidelberg, Tübingen und Freiburg stellt aber für die Regionalversorgung des Landes ein besonderes Problem dar, das durch die Neugründung von Konstanz nicht verkleinert wurde, da auch diese auf den gleichen mobilen traditionellen Typ des Studenten hin ausgelegt wurde, nicht auf den regionalen Nachfrager aus dem Verdichtungsgebiet.

Der Wissenschaftsrat hat in seinen 1970 vorgelegten „Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970“, Bd. 1, S. 187 den weiteren Ausbau von Karlsruhe, Mannheim und Ulm empfohlen und die Stadtregion Heilbronn als einzige namentlich für eine Neugründung benannt. Der Raum zwischen Ulm und dem Bodensee wird als unterversorgt erwähnt und auch für Mittelbaden ein Standort in Erwägung gezogen.

Die Arbeitsgruppe Standortforschung in Hannover benennt in einem Gutachten ebenfalls Heilbronn und schlägt die Überprüfung der Möglichkeit für eine Zweituniversität Stuttgart und eine mittelbadische Einrichtung in Offenburg oder Kehl vor.

Widmaier und Mitarbeiter verweisen in ihren „Analysen zum Hochschulgesamtbereich“, S. 84, auf den Umstand, daß 1964/65 in den früheren Landesteilen Baden und Württemberg starke Präferenzen für die „angestammten Hoch-

¹⁵ Lehrstuhl für Raumforschung, Raumordnung und Landesplanung TU München, 1970, auf der Grundkarte *Isbarys* in: *Isbary, Gerhard; Hans-Jürgen von der Heide; Gottfried Müller: Gebiete mit gesunden Strukturen und Lebensbedingungen. Merkmale und Abgrenzung.* – Hannover 1969. = Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen, Bd. 57.

¹⁶ Vgl. dazu *Geißler, Clemens: Hochschulstandorte – Hochschulbesuch, a.a.O., Taf. C. 19.*

schulen“ zu beobachten waren, d. h., daß die Württemberger Tübingen und Stuttgart, die Badener Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe und Freiburg bevorzugten und dabei sogar größere Entfernungen zum Studienort in Kauf genommen wurden. Da im württembergischen Landesteil mit 5 114 966 Einwohnern 57% der Gesamtbevölkerung gegenüber 3 794 733 im badischen Landesteil leben (Angaben vom 31. 12. 1969), rein zahlenmäßig dieser aber mehr Standorte aufweist als jener, sollten erste Überlegungen zu Präferenzen bei der Sichtung von Standortbewerbungen auch diesen Gesichtspunkt berücksichtigen. Im Augenblick stehen den rund 5 Mill. Einwohnern in den württembergischen Regierungsbezirken nur 2 voll existente Universitäten (Stuttgart, Tübingen), eine im Aufbau befindliche (Ulm) und eine geplante (Heilbronn) in Erwartung, den rund 4 Mill. Einwohnern in den badischen Regierungsbezirken aber die Volluniversitäten Heidelberg und Freiburg, die Technische Universität Karlsruhe, die Wirtschaftshochschule Mannheim und die Neugründung in Konstanz. Nimmt der Grad der „Bildungsseßhaftigkeit“ zu und gelten *Widmaiers* Feststellungen auch für die fernere Zukunft, so sollten Ulm, Stuttgart II und Heilbronn im Ausbau Vorrang vor Mannheim und einer weiteren mittelbadischen Hochschule haben. Außerdem liegen Standortbewerbungen von Tuttlingen, Heidenheim, Aalen-Schwäb. Gmünd und Villingen-Schwenningen vor, meist unter Hinweis auf bereits bestehende Bildungseinrichtungen (Furtwangen), die Kerne von Gesamthochschulsystemen werden könnten. Eine große Hypothek im bereits erwähnten Sinn ist es aber, daß in die Standortdiskussion im städtereichen süddeutschen Raum immer mehr Kleinstädte einbezogen werden müssen, weil deren jahrhundertalte Konkurrenz die Entstehung größerer Zentren verhindert hat. Die mit größten Realisierungschancen als Standorte in Erwägung gezogenen Städte wiesen um das Jahr 1970 folgende Einwohnerzahlen auf:

Augsburg	214 376 (*)	Ulm	92 901 (*)
Regensburg	128 083 (*)	Ingolstadt	71 954
Heilbronn	101 719	Bamberg	68 713
		Bayreuth	63 387 (+)
		Konstanz,	61 851 (*)
Kempten	44 617		
Offenburg	37 154		
Rosenheim	36 376		
Passau	31 574 (+)		
Traunstein	14 117		

(*) = Gründung ist erfolgt

(+) = Gründung wurde beschlossen

Die Problematik der Wahl von Kleinstädten zu Universitätsstandorten

Die Verteidiger eines Modells einer gleichmäßigen Standortdispersion ziehen oft Vergleiche aus anderen Ländern heran. Der Hinweis auf die weitere Streuung universitärer Einrichtungen in den USA und der Lokalisierung von Junior-Colleges in Kleinstädten kann sicher auch für die Bundesrepublik lehrreich sein. Vielleicht können Junior-

Kurse tatsächlich eher an der Peripherie erteilt werden, solche für Fortgeschrittene, Diplomanden und Doktoranden aber in der Metropole. Doch sollten auch die Folgen eines solchen Verfahrens bedacht werden. Dispersion bringt Ineffizienz und Niveauverluste. Nun hat zwar jeder High-School-Graduate sein College vor der Türe, aber sein Zeugnis wird vom Firmenkopf der Studieneinrichtung her gelesen, die er besucht hat. Die „Ivy League“ setzt auch weiterhin die Maßstäbe.

Der Satz von den „pädagogisch begründeten Mindeststandards“, wie er im Artikel „Regionale Bildungsplanung“¹⁷ zu lesen ist, kann in übertragenem Sinn sicher auch für Universitäten und Gesamthochschulen gelten: Der Forderung nach der „Mehrzügigkeit“ einer Schule entspräche dann jene nach sich gegenseitig ergänzenden Fakultäten oder Fachbereichen innerhalb einer Gesamthochschule. Maßstäbe für das Leben der Gesellschaft in einem urbanen Zeitalter setzen die großen Städte. Sie sind die Gestaltungszentren, die Informationsmetropolen, die hochsensiblen Nervenknotten des Systems. Chancen zur entscheidenden Veränderung unserer Gesellschaft sind bisher vor allem von den Metropolen ausgegangen. Es erhebt sich die Frage, ob es Disziplinen der Universität gibt, die systemstabilisierende sind und solche, die unseren „Status Quo“ in Frage stellen. Eine mißtrauische Studentenschaft könnte leicht vermuten, daß man kritische Disziplinen in die periphere Idylle abschieben möchte, um die Wissenschaft der Frage nach ihrer gesellschaftlichen Relevanz zu entziehen. Wenn das Studium einen emanzipatorischen Charakter erhalten soll, wie viele Studenten fordern, dann dürfe es nicht abseits der politischen Entscheidungszentren erfolgen. Andererseits wäre es sicher gerade für eine radikale Studentenschaft sehr lehrreich, ihr utopisches Bild vom als Bundesgenossen der Revolution umworbenen „Arbeiter“ durch möglichst engen Kontakt mit diesem zu revidieren. In einem Campus am Rande einer Kleinstadt wäre dazu keine Gelegenheit: allenfalls zum Sammeln weiterer Vorurteile über „Kleinbürger“.

Möglichst viele der positiven Eigenschaften großstädtischer Nervenknotten sollten, soweit sie von ihrer lokalen Verortung in eben der Großstadt ablösbar sind, auch den Bewohnern großstadtferner Gebiete angeboten werden, und möglichst viele ihrer negativen Eigenschaften sollte man diesen ersparen. Von der lokalen Verortung in der Großstadt ablösbar ist im Zeitalter audiovisueller Medien vieles, nicht alles. So verweist z. B. *Friedrich Edding*¹⁸ darauf, daß standardisierte Lehrgänge eines Fernstudiums über Medien in Kürze viele Menschen an ihrem Wohnort erreichen werden und daß dezentralisierte Beratungsstellen (das oben gekennzeichnete hierarchische System der Berufsbeziehungen nachbildend) einen viel selteneren Aufenthalt als bisher in zentralen Hochschulorten nötig machen. „Die Bedingung der Einheit von Raum und Zeit

¹⁷ Vgl.: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. 2. Aufl. – Hannover 1970. Bd. 3, Spalte 2597.

¹⁸ *Edding, Friedrich*: Bildungsökonomie und Raumordnung. In: Raumforschung und Raumordnung. 28. Jg. (1970) H. 5, S. 193 f.

wird für das organisierte Lernen aufgehoben. Es ist prinzipiell möglich, einen großen Teil der notwendigen und der gewünschten Lernkurse an allen Orten und über die Lebenszeit in Abständen verteilt zu absolvieren. Die „Bildungsferne“ weiter Teile des Raums hört auf, ein praktisch unveränderliches Faktum der Planung zu sein¹⁹.“ Die Fläche verwaist also nicht, sie wird nur mit adäquateren Mitteln bedient als durch eine monumentale Neugründung in Stahl und Beton. Auch so läßt sich „Gleichheit der Bildungschancen“ – nur zeitgerechter – erreichen.

Was nicht von der Großstadt ablösbar ist: Dichte der Kommunikationsstrukturen und Kontakte, Vielfalt und Verschiedenheit der Impulse, Kühnheit und Herausforderungscharakter der Konstruktionen, Summe der Begegnungsmöglichkeiten mit dem Neuen, wird den sich verstärkenden Standortvorteil auch der Großstadtuniversität ausmachen. Das Image der großen Städte läßt sich nicht ableugnen. Die zweite „Student-aufs-Land“-Bewegung sollte an dieser Stelle einmal auf diesen Umstand hingewiesen werden, damit nicht die Gesellschaft Milliardenbeträge am falschen Ort investiert.

Zur Frage des Mikrostandorts

Diese Kritik trifft nicht nur die Auswahl des Makrostandortes. Auch bei der Bestimmung des Mikrostandortes (Campusuniversität, Stadtranduniversität, Stadtvierteluniversität usw.) sollte man phantasievoller als bisher vorgehen. Das Denkmodell der „open university“²⁰ und der „éducation permanente“ verlangt in die Zentralstadt des Verdichtungsraumes integrierte Gesamthochschulen, in denen auch die Fortbildung jener Erwachsenen stattfinden kann, die im verkehrerschlossenen Umland wohnen und auch während eines Aufbaustudiums weiterhin dort wohnen bleiben müssen und nicht zu jedem Kurs aus ihrer Familie herausgerissen und an die Peripherie verfrachtet werden können. Die Educational Facilities Laboratories haben mit einem Vorschlag²¹ gezeigt, daß Universitätsneugründungen (wie jene im Bedford-Stuyvesant-Stadtteil Brooklyn) auch zum Motor für Stadtsanierungen werden können. Zu einem Zeitpunkt, in dem ein Städtebauförderungsgesetz zu erwarten ist, sollten Universitäts-Neubaupläne nicht ohne einen solchen Seitenblick auf zusätzliche Nebeneffekte verabschiedet werden.

Daß die vom Wissenschaftsrat angebotene Möglichkeit der Zweit- und (Dritt-)Universität gegenüber der peripheren Neugründung in der Diskussion so weit ins Hintertreffen gerät, läßt den Verdacht aufkommen, daß nun eine „Hochschulbevölkerung“ wiedergutmachen soll, was industrialisierungsfeindliche Obrigkeiten generationenlang an

den ihnen botmäßigen Regionen verschuldet haben. Wenn die Universität dazu benutzt werden soll, in Stagnationsgebieten Schrittmacherdienste zu leisten, so muß den dort Studierenden auch ein Ferienarbeitsplatz, ein Praktikumsplatz usw. und später eine Berufschance angeboten werden können. Die Gesellschaft wird darüber zu wachen haben, daß nicht durch eine einseitige Auslegung der Formulierungen des Wissenschaftsrates einem großstadtfeindlichen Protektionismus zugearbeitet wird und sich innenpolitische Spannungen in den Standortentscheidungen für Universitäten reproduzieren. Die Denkschriften von Standortbewerbern verweisen häufig auf die jüngst aufgetretenen hohen Übergangsquoten in den sekundären Schulbereich. Es ist aber doch nur natürlich, daß sich kurz vor der Öffnung eines Ventils in den dünn besiedelten Agrarräumen die Bildungsbereitschaft besonders mächtig angestaut hat. Man sollte nun auch die Motive genauer analysieren, die zu diesen hohen Übergangsquoten geführt haben. Vielleicht resultiert diese höhere Bildungsbereitschaft aus der Hoffnung, durch Qualifikation mobiler werden zu können und Wanderungswünsche in genau jene Gebiete realisieren zu können, in denen sich die durch Studium erworbene Qualifikation auch verwerten läßt: die Verdichtungsräume²². Die Untersuchungen von Schorb und Schmidbauer²³ in Bayern beweisen, daß der Vorsprung der stadtnahen Gebiete in den Übergangsquoten weit schneller wächst, als die Bildungswerbung vermuten läßt, die sich auf die ländlichen Gebiete konzentrierte.

Es liegen also Erstgründungspläne an der Peripherie mit erhofften Innovationseffekten im Wettstreit mit Verdoppelungsplänen in den Zentren mit erhofften Sanierungseffekten. Die Bildungspolitik muß beiden Zielsetzungen Rechnung tragen und sollte über den notwendigen Initialzündungen in bisher universitätsfernen Räumen nicht die ebenso notwendigen Entlastungsaktionen in jenen Gebieten vergessen, die sich im Wettstreit der Regionen bereits als die aktivsten und attraktivsten erwiesen haben. Diese Antinomie muß ausdiskutiert sein, bevor sich eine lokalpatriotische Gutachtenwelle in Richtung auf die politischen Entscheidungsinstanzen in Bewegung setzt.

Die unartikulierten Bedürfnisse der Planungsbetroffenen

Der Staat kann zweifellos bei den hohen Investitionen, die mit dem Neubau einer Universität verbunden sind, nicht darauf verzichten, diese als Mittel seiner Regionalentwicklungspolitik anzusehen und sie in unterversorgten Räumen entsprechend einzusetzen. Der Zustrom einer qua-

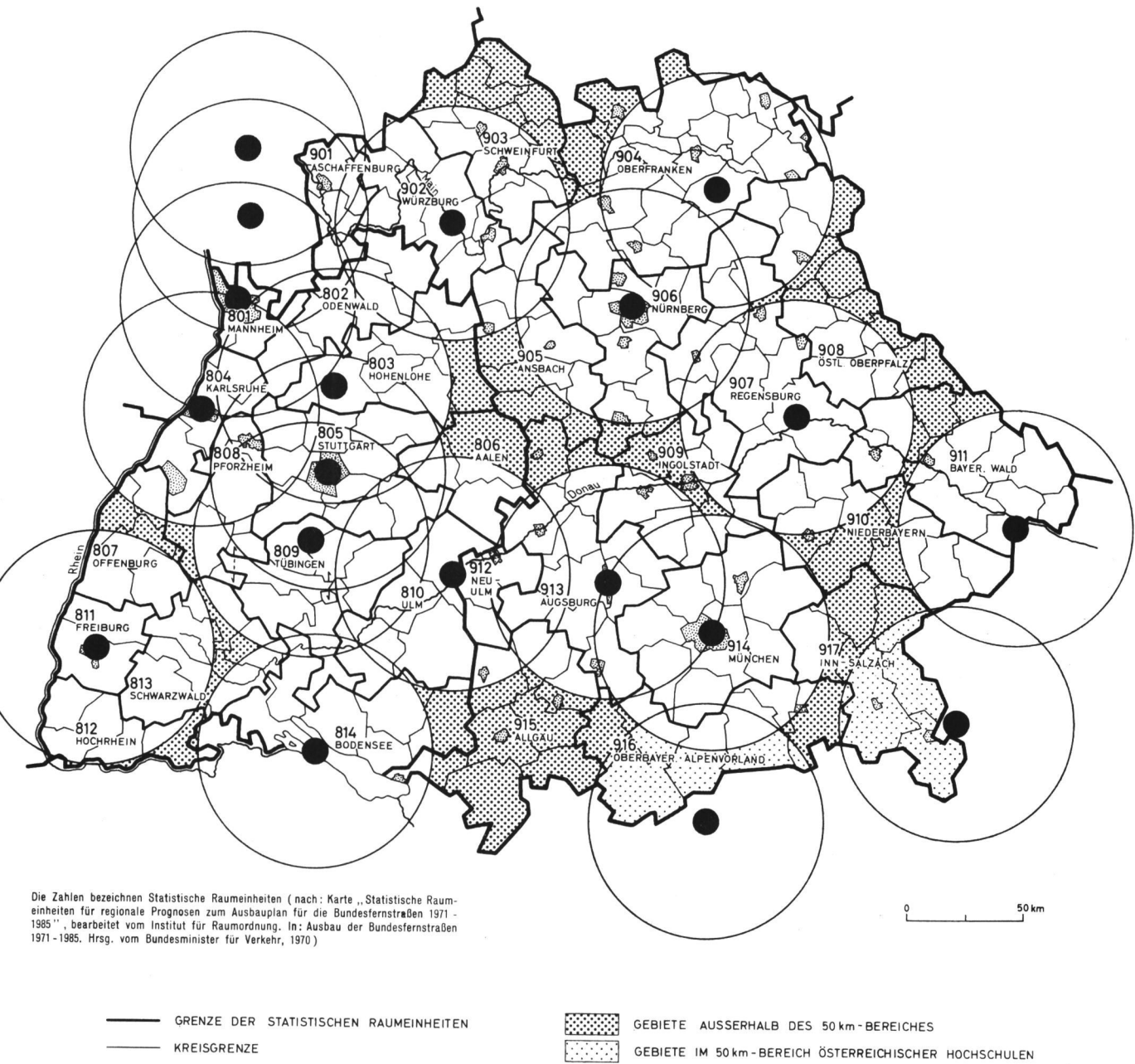
¹⁹ Edding, a.a.O., S. 197.

²⁰ Vgl. London: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 11. 1970.

²¹ A college in the city: an alternative. – New York 1969. Vgl. dazu auch die Bürgerinitiativen bei der Standortentscheidung über Essens Gesamthochschule (Süddeutsche Zeitung vom 15. 1. 1971, S. 3) sowie die Gutachten des Sachverständigenbeirats und einzelner Planerteams.

²² Vgl. Geipel, Robert: Die räumliche Differenzierung des Bildungsverhaltens. In: Bildungsplanung und Raumordnung. Hannover 1970. = Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 61.

²³ Schorb, Alfons Otto; Michael Schmidbauer: Bildungsbewegung und Raumstruktur. Eine Analyse der Übertritte in Real-schulen und Gymnasien in Bayern 1963–1967. – Stuttgart 1969.



Universitätsstandorte und 50 km-Bereiche

lifizierten, z. T. kaufkräftigen, aber auch anspruchsvollen „Hochschulbevölkerung“ soll einem bestimmten Gebiet Schrittmacherdienste auf dem Weg in die Moderne leisten, man versetzt sie quasi in die Rolle von Entwicklungshelfern. Die Kommunalpolitiker der als Standorte diskutierten Städte entfalten eine große Aktivität im Einwerben universitärer Einrichtungen.

Aber es gibt noch andere Gruppen von „Planungsbedroffenen“. Die Angehörigen einer künftigen Universität stellen sich die Frage, ob Lehrpersonal wie Studenten „verpflichtet“ werden können, diese Rolle zu übernehmen.

- Der Numerus clausus verwehrt den einen den Zuzug zu jenen Orten, die sie bei freier Studienplatzwahl vielleicht bevorzugt hätten, deren Kapazität aber zu gering ist.
- Die Schaffung neuer Planstellen gibt Wissenschaftlern die u. U. lang ersehnte Möglichkeit, in der „Hierarchie“ weiter aufzusteigen. Also nehmen sie die Chancen der „Provinzuniversität“ an, wenn auch sicher nicht ohne Bedenken über die damit verbundene Isolierung.

Zu den Planungsbetroffenen gehören aber auch die bisherigen Bewohner des künftigen Standorts. Aktiv in der Einwanderpolitik universitärer Einrichtungen sind im wesentlichen die „Stadtväter und Honoratioren“, daneben (häufig identisch) Grundstücks-, Haus- und Geschäftsbesitzer (z. B. Buchhändler, um einen typischen „Planungsgewinnler“ zu nennen). Ihre Renditen werden sich erhöhen, das Preisniveau wird allgemein steigen, vor allem der Grundstücksmarkt wird florieren. Eine privilegierte Schicht

wird weiter privilegiert. Für die große Mehrzahl verschlechtern sich aber die Wettbewerbsbedingungen: der Student konkurriert um Einzelzimmer, das allgemeine Mietniveau steigt, die bisher vorhandenen Einrichtungen der Infrastruktur werden zunächst stärker belastet und geraten häufig erst nach einem Jahrzehnt wieder ins Gleichgewicht. Die Zahl von 85 000 fehlenden Wohnheimplätzen wird sich bis 1973 auf rund 100 000 erhöhen²⁴, der Druck auf den privaten Wohnungsmarkt also zunehmen.

Bei den Planungsgesprächen zwischen Magistraten, Ministerialbeauftragten und Gutachtern sollte mehr Rücksicht auf die Belange jener genommen werden, die nicht imstande sind, ihre Probleme planungsbeeinflussend vorzutragen oder gar durchzusetzen: Normalbürger der potentiellen Standorte und Studenten. Es wird aber entscheidend für deren späteres Zusammenleben und die Stellung der Universität in der Gesellschaft sein, ob man ihre unartikulierten Bedürfnisse bei der Planung genügend berücksichtigt hat. *Peter Dienel* hat in dieser Zeitschrift Entscheidendes über die notwendige Partizipation der Planungsbetroffenen an den Planungsprozessen gesagt²⁵. Pläne, die die Ghettoisierung von aufs Land verpflichteten Studentmassen in Campusuniversitäten am Rand idyllischer Kleinstädte betreiben, haben aber offensichtlich von solchen Entscheidungsstrategien noch keine Kenntnis genommen.

²⁴ Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der CDU; vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9. 1. 1971.

²⁵ *Dienel, Peter*: Partizipation an Planungsprozessen. In: Raumforschung und Raumordnung. 28. Jg. (1970) H. 5, S. 212–219.